

Heisse Eisen, kühle Köpfe

Parteitag der SP Schweiz

Lausanne, 31. Oktober 2010

Bundesrätin Simonetta Sommaruga

Es gilt das gesprochene Wort.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen

ich stehe heute zum ersten Mal als Bundesrätin vor Euch. Meine Freude ist riesig, aber noch grösser ist meine Dankbarkeit, denn ich weiss: Das wäre ohne euch nicht möglich gewesen. Ich danke euch herzlich und fühle mich euch – euch allen - verpflichtet.

Mein Dank geht nochmals und ganz ausdrücklich an unsere Vizepräsidentin, an Jacqueline Fehr. Die Fairness und der Respekt während unserer Wahlkampagne werden mir immer in Erinnerung bleiben – als Beispiel dafür, dass Politik auch in harten Konkurrenzsituationen mit Anstand und Achtung betrieben werden kann. Und als Beispiel dafür, dass solche Werte in unserer Partei nicht nur gepriesen, sondern auch gelebt werden.

Und es gibt etwas Drittes, an das ich gerne immer wieder erinnere: die grosse Freude, liebe Genossen, und vor allem, liebe Genossinnen, dass unsere Partei gleich mit vier bestqualifizierten Frauen in die Bundesratswahlen gestartet ist, und dass schliesslich mit meiner Wahl die Schweizer Regierung erstmals in der Geschichte eine Frauenmehrheit

aufweist.

Ein Departement der heissen Eisen ...

Morgen ist mein erster offizieller Arbeitstag im neuen Amt. Eine Sitzung im Bundesrat hatte ich aber bereits. Ihr kennt das Ergebnis, die Departemente sind verteilt.

Unmittelbar nach dieser Sitzung überschlugen sich die Reaktionen, manche fielen recht leidenschaftlich und hitzig aus. (Ich meine jetzt etwa gar nicht nur unseren Parteipräsidenten.) Jedenfalls bin ich froh, dass die angedrohte Klage zurückgezogen wurde, denn diese hätte von der Justiz behandelt werden müssen, um die ja ich mich nun kümmerge, und die Justiz, so scheint mir, hat gewiss Gescheiteres zu tun ...

Auch ich selber war nach der Departementsverteilung zunächst ein wenig - sagen wir - überrascht. Aber meine Gefühlslage hat sich sehr bald geändert. Zum einen habe ich mich erinnert, dass mir schon einmal ein Departement zugewiesen wurde, das ursprünglich nicht mein Wunschdepartement gewesen war: Im Könizer Gemeinderat gab man mir die Feuerwehr und den Zivilschutz. Dabei hätte ich damals, ich gab es bereits an meiner Wahlfeier zu, am liebsten die Polizei gewollt. - Jetzt habe ich sie also endlich, die Polizei, und die Justiz noch dazu.

Die Feuerwehr und ich, wir fingen dann fast ein bisschen Feuer füreinander, und so bin ich mehr als zuversichtlich, dass ich auch mit Polizei und Justiz schnell warm werde. Und zwar aus mehreren Gründen:

Das EJPD ist ja sozusagen die Hüterin des Rechtsstaats – eine zentrale, eine wichtige und eine noble Aufgabe. Vielleicht vergessen wir manchmal allzu schnell, dass Rechtssicherheit und Willkürverbot auch in unserem Land nicht naturgegeben sind – sondern immer wieder gesichert und verteidigt werden müssen. Dafür einzustehen und mit diesem wichtigen Gut sorgfältig umzugehen, ist eine Aufgabe, die ich sehr gerne wahrnehme.

Als Querschnittsdepartement spielt das EJPD zudem wie das EFD bei vielen Dossiers aus anderen Departementen eine wichtige Rolle; denken wir etwa, um nur ein Beispiel zu nennen, an das Abkommen mit den USA in Sachen UBS. Diese Rolle werde ich sehr gerne wahrnehmen.

Schliesslich sind im EJPD einige der sozialpolitisch brisantesten Themen angesiedelt: die Integration, die Migration, Ausländerfragen, Kriminalität. Gerade aus sozialdemokratischer Sicht gilt das EJPD deshalb auch als Departement der heissen Eisen.

Vielleicht passen diese heissen Eisen aber gar nicht so schlecht zur Kühllheit, die mir zumindest einzelne Medien nachsagen. Jedenfalls bin ich in meiner politischen Laufbahn heissen Eisen selten aus dem Weg gegangen. Im Gegenteil: Sie haben stets eine gewisse Anziehung auf mich ausgeübt.

Es ist jetzt noch zu früh für eine umfassende departementale Auslegung. Ich werde die nächsten 100 Tage nutzen, um mich gründlich einzuarbeiten, und werde dann meine Vorstellungen genauer darlegen. Dennoch möchte ich in groben Zügen skizzieren, wo ich heute, einen

Tag vor Amtsbeginn, Herausforderungen und mögliche Schwerpunkte sehe.

Vertrauen schaffen als Herausforderung

Ich habe grossen Respekt vor den Themen, die mich erwarten. Migration oder Kriminalität lösen in der Bevölkerung enorme Emotionen aus und polarisieren. Und es sind Themen, die mit grossem Aufwand politisch bewirtschaftet werden.

Deshalb betrachte ich es als besondere Herausforderung, gerade in diesen Bereichen Vertrauen zu schaffen.

- Vertrauen entsteht, wenn wir die öffentliche Sicherheit – ebenso wie die soziale Sicherheit – als zentrale Grundlage für ein friedliches Neben- und Miteinander erkennen.
- Vertrauen entsteht, wenn wir Probleme nicht aus politischen Gründen aufbauschen, wenn wir sie aber auch nicht verharmlosen oder tabuisieren.
- Vertrauen entsteht, wenn wir genau hinschauen und Probleme sachlich und klar benennen, und zwar auch dann, wenn wir noch keine Lösung für sie haben.

Sachlichkeit, Ehrlichkeit und eine offene Kommunikation genügen aber nicht.

- Vertrauen schaffen heisst auch, dass wir die richtigen Fragen stellen.
 - o Denn Gewalt hat Gründe.

- Und das wiederum heisst, dass wir Komplexes nicht banalisieren.
 - o Die Ursachen der Jugendkriminalität, zum Beispiel, sind komplex.

- Vertrauen schaffen heisst deshalb:
 - o Probleme dort anpacken, wo sie beginnen, nämlich an der Wurzel.

Und weil ich das vorhabe, werde ich als Bundesrätin und als Vorsterherin des EJPD mit Sicherheit einen grossen Schwerpunkt auf die *Integration* legen.

Integration als Schwerpunkt

Unter Integration verstehe ich nicht nur die Integration von Migrantinnen und Migranten. Ich meine Integration im Sinne einer umfassenden sozialpolitischen Haltung:

- Integration leitet sich ab aus unserem sozialdemokratischen Prinzip der Chancengleichheit.
- Integration ergibt sich aus unserem sozialdemokratischen Prinzip der Solidarität.
- Und Integration hat viel mit unserer Vision einer Gesellschaft

zu tun, die nicht ausschliesst und benachteiligt, sondern alle Menschen einbindet und teilhaben lässt.

Wir wissen, dass Integrationsprozesse anspruchsvoll sind. Und gerade in Bezug auf die Migration zeigt die Geschichte, dass Einwanderung immer mit Konflikten verbunden ist. Konflikte sind aber auch ein Zeichen dafür, dass Integration geschieht, und Auseinandersetzungen gehören zur Suche nach einem neuen Gesellschaftsvertrag. Integration ist deshalb nicht zum Scheitern verurteilt, im Gegenteil: Unsere heutige Gesellschaft ist geprägt von grossen Integrationsprozessen:

- nicht nur der Integration von Migranten wie z.B. den Italienerinnen und Italienern;
- sondern auch der Integration der Frauen in die Schulen und Universitäten, in den Arbeitsmarkt, in die Politik. (Und immer stärker auch in den Bundesrat.)

Integration läuft aber eben nicht automatisch ab: Als die Eltern von Barack Obama 1961 heirateten, waren in vielen Teilen der USA Ehen zwischen Weissen und Schwarzen nicht nur verpönt, sondern gesetzlich verboten. Nicht viele hätten es damals für möglich gehalten, dass ein Schwarzer mit Migrationshintergrund dereinst Präsident der Vereinigten Staaten würde.

Halten wir deshalb beharrlich an unserer Überzeugung fest: Wenn wir integrieren, sind wir auf dem richtigen Weg. Denn Integration fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Damit ist Integration für mich ein Schlüsselement einer vorsorgen-

den Sozialpolitik, wie sie in unserem neuen Parteiprogramm formuliert ist. Ich bin überzeugt, dass eine aktive Integrationspolitik

- Armut und Arbeitslosigkeit mindern und
- Gewalt und Kriminalität eindämmen kann.

Für die Nennung anderer Schwerpunkte möchte ich mir, wie gesagt, noch etwas Zeit lassen, aber es fehlt ja nicht an weiteren spannenden Themen im EJPD:

Besonders freue ich mich natürlich, dass ich - nach 18 Jahren Konsumentenschutz – das Konsumentenrecht, das ja auch im EJPD angesiedelt ist – endlich persönlich an die Hand nehmen kann. Und ich bin auch noch auf andere „alte Bekannte“ gestossen: das Patentrecht etwa, das im Institut für Geistiges Eigentum angesiedelt ist. Eigentlich warte ich ja nur auf die Schlagzeile, dass in der Schweiz das geistige Eigentum jetzt offiziell in sozialdemokratischer Hand ist. (Beim sonstigen Eigentum sind uns die bürgerlichen Parteien ja bekanntlich weit überlegen.)

Und wir wissen, im EJPD gibt es noch andere heisse Eisen: die Sterbehilfe z.B., das elterliche Sorgerecht oder auch die Frage der Parteienfinanzierung und der Lohnungleichheit. Ich freue mich, all diese Fragen mit euch diskutieren zu können.

Das erste heisse Eisen steht ja bereits direkt vor der Tür, die Ausschaffungsinitiative und der Gegenentwurf.

Zur Ausschaffungsinitiative

Wir sind uns wohl alle einig: Die Ausschaffungsinitiative ist abzulehnen.

Eine ganze Reihe von Gründen spricht klar gegen diese Initiative:

- Die Initiative listet eine begrenzte Liste von Straftaten auf, die bei Ausländerinnen und Ausländern im Falle einer Verurteilung automatisch und ohne Prüfung des Einzelfalls zur Ausweisung führen.
- Diese Liste enthält einerseits Bagatelldelikte wie einmaligen und geringfügigen Einbruchdiebstahl, führt andererseits Delikte wie schwere Körperverletzung nicht auf.
- Bei Annahme der Initiative droht somit staatliche Willkür, ausserdem verletzt die Initiative grundlegende Prinzipien wie jenes der Verhältnismässigkeit.
- Zudem sind Schwierigkeiten bei der Umsetzung absehbar, weil die Initiative in Konflikt gerät mit Verfassung und Völkerrecht.

Gegenentwurf

Auch der Bundesrat ist gegen die Ausschaffungsinitiative. Hingegen befürwortet er den Gegenvorschlag des Parlaments. Ich teile diese Position und ich vertrete das JA zum Gegenentwurf mit Überzeugung.

- Ich unterstütze den Gegenentwurf insbesondere wegen des Integrationsartikels.
 - o Wir müssen diesen Artikel jetzt nicht als Wundermittel anpreisen, denn das ist er nicht. Aber er verankert erst-

mals die Integration in der Bundesverfassung, wo man bis heute unter dem Titel Ausländer nur gerade festhält, wann sie wieder ausgewiesen werden können.

- Der Gegenentwurf vermeidet zudem staatliche Willkür,
 - o weil er sich nicht an einzelnen Delikten orientiert, sondern am Strafmass.
- Das Gebot der Verhältnismässigkeit bleibt gewahrt,
 - o weil der Einzelfall weiterhin geprüft wird.
- Zudem vermeidet dieser Vorschlag Konflikte mit Verfassung und Völkerrecht.

Ich kenne die Argumente, die für ein Nein zum Gegenentwurf sprechen, und ich kann sie gut verstehen. Jenen, die den Gegenentwurf ablehnen wollen, möchte ich deshalb einzig zu bedenken geben, dass die Initiative sehr gute Chancen hat, angenommen zu werden.

In diesem Zusammenhang habe ich Leute – auch aus unseren Kreisen - gehört, die sagen, man könne ein Ja zur Initiative auch in Kauf nehmen. Diese sei ja dann ohnehin nicht umsetzbar. Ich halte eine solche Position für zynisch. Und Zynismus ist keine Grundlage für politisches Handeln, erst recht nicht, wo es um das Leben von Menschen geht, um Menschenrechte und um rechtsstaatliches Handeln.

Stichfrage

Ich möchte einen letzten, allerdings sehr wichtigen Aspekt einbringen: Die Abstimmungsvorlage enthält eine Stichfrage für den Fall, dass Initiative und Gegenentwurf angenommen werden. Ich möchte auch die Gegner des Gegenentwurfs bitten, bei der Stichfrage *für* den Gegenentwurf zu stimmen. Das ist eine eindringliche Bitte, denn wer die

Stichfrage leer einwirft, unterstützt faktisch die Ausschaffungsinitiative, und das müssen wir unter allen Umständen verhindern.

Parteiprogramm als Spiegel

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben soeben ein neues Parteiprogramm verabschiedet. Ich begrüße dieses Programm und bin stolz darauf, Mitglied einer Partei zu sein, die solch grundsätzliche Programmarbeit leistet.

Die unzähligen Anträge, die nach dem ersten Entwurf eingegangen sind, zeigen: Unsere Partei wird getragen von einer Basis, die nicht nur Beschlüsse der Parteileitung abnickt, sondern die unsere Politik aktiv mitprägt und mitgestaltet. Gutes kommt nicht nur vom Gurten, das weiss ich sehr gut.

Die vielen, teilweise auch kontroversen Diskussionen um das Programm machen eben gerade deutlich: Die SP ist eine breite Partei. Und wir haben diesen Anspruch ja auch. Wir wollen nicht enger und kleiner werden, wir wollen wählbar sein für viele Menschen aus unterschiedlichen Gesellschaftsschichten.

Aller Anfang ist leicht ...

Ein neues Programm, eine neue Bundesrätin – wie so oft, wenn etwas frisch und neu ist, sind wir voller Zuversicht und verspüren eine Aufbruchstimmung. Das ist gut so, und wir wollen diese Energie nutzen.

Aber nicht immer wird alles gelingen. Wir werden auch Rückschläge einstecken müssen. Es wird vorkommen, dass ich Fehler mache, dass ich Ziele nicht oder nur teilweise erreiche, es wird vorkommen, dass ich Positionen vertrete, die nicht alle von euch teilen.

In diesen Momenten werde ich mir eure Kritik besonders genau anhören. In diesen Momenten werde ich aber auch ganz besonders auf euch angewiesen sein, auf eure Unterstützung und euren Rückhalt. - Erst in schwierigen Zeiten zeigt sich, wie stark Bindungen sind.

Vor uns allen liegt ein wichtiges politisches Jahr.

Mir ist bewusst, dass nach den vielen Medienberichten rund um meine Wahl die Erwartungen gross sind und viele Hoffnungen auf mir ruhen. Ich wurde als Wahllokomotive bezeichnet, als Aushängeschild oder als Zugpferd.

Von einem Zugpferd allein lässt sich eine grosse Kutsche wie die SP aber nicht ziehen. Eine Partei lebt vom Engagement all ihrer Mitglieder. Jede und jeder soll und muss sich mit den eigenen Fähigkeiten und dem eigenen Temperament einsetzen. Die einen bringen Heissblütigkeit mit und glühende Begeisterung, die anderen einen kühlen Kopf und ruhiges Blut.

Wir können beides gut gebrauchen, ganz besonders im nächsten Jahr. Und wenn wir dann noch die richtige Mischung finden, müssen wir uns auch vor heissen Eisen nicht fürchten.

Gemeinsam können wir alle dafür sorgen, dass das nächste Jahr ein gutes Jahr wird.